

Der »Sicherheitsschild der Amerikas«

Zwischen Sicherheitsbündnis und politischer Allianz

Günther Maihold

Mit dem »Sicherheitsschild der Amerikas« (Shield of the Americas) haben die USA eine Initiative auf den Weg gebracht, die Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur militärischen Zusammenarbeit und zur Veränderung des geopolitischen Wettbewerbs in einem einzigen Rahmen verbindet. Die Trump-Administration verfolgt damit ein hemisphärisches Ordnungskonzept unter eigener Führung, das zugleich auf die ideologische Verbundenheit der Partner setzt, um die Kooperation im multilateralen Rahmen zu vertiefen und Lieferketten sowie die Rohstoffversorgung zu sichern. Es bleiben jedoch viele Fragezeichen hinsichtlich der Verbindlichkeit der Vereinbarung und der Effektivität der Kooperation, da kein Aktionsplan entwickelt wurde und auch keine nachfolgenden Implementierungsschritte festgelegt worden sind. Außenpolitisch binden sich Lateinamerika und die Karibik damit zwar stärker an Washington, doch werden wichtige Staaten der Region auch weiterhin Europa als Diversifizierungspartner wirtschaftlich und politisch in den Blick nehmen.

Bei seiner Gründung im März 2026 stellte die US-Regierung den »Sicherheitsschild der Amerikas« als neue regionale Sicherheitsarchitektur vor. Damit wurde deutlich, dass die westliche Hemisphäre für die Trump-Administration strategische Priorität besitzt. Gleichzeitig ist die Sicherheitsschild-Initiative ein unverhüllter Beleg für Trumps ideologisch fundierten Ansatz, die Kooperation mit rechten bis konservativen Kräften in Lateinamerika zu privilegieren. Die exklusive Einladung an »gleichgesinnte« Präsidenten hat dies deutlich gemacht. Das erste Treffen, bekannt geworden als der Doral-Gipfel in Florida, diente in erster Linie einer Verständigung über die Rolle der Streitkräfte im Kampf gegen die transnationale

Drogenökonomie und ihre Akteure. Formal besiegelt wurde das Bündnis Tage später durch die Ausrufung einer »Amerikanischen Anti-Kartell-Koalition« (Americas Counter Cartel Coalition) als Militärallianz unter der Ägide des US-Kriegsministeriums.

Beim zweiten Treffen im Rahmen der 81. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) am 22. September 2026 einigten sich 15 Unterzeichnerstaaten in der Abschlusserklärung auf ein gemeinsames Vorgehen in drei Säulen: die wirtschaftliche Säule, die Sicherheitssäule und die Säule der multilateralen Koordinierung. Durch den Beitritt von Chile und Peru hatte sich die Zahl der teilnehmenden Staaten zwischenzeitlich von 13 auf 15 erhöht:



Neben den USA sind dies Argentinien, Chile, Bolivien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guyana, Honduras, Kolumbien, Panama, Paraguay, Peru, Trinidad und Tobago. Demgegenüber haben sich die beiden politischen Schwergewichte Lateinamerikas, Brasilien und Mexiko, bislang noch nicht zu einer Beteiligung an diesem Projekt bekannt. Dies schließt jedoch spezifische Arrangements mit einzelnen Staaten nicht aus: So agiert Kolumbien als »Globaler Nato-Partner« und Peru wurde von den USA der Status eines »Major Non-Nato Ally (MNNA)« zuerkannt. Ecuador wiederum erhält US-Hilfe im Rahmen einer verstärkten bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Cyberabwehr und Drogenbekämpfung.

»Sicherheitsschild« statt Amerika-Gipfel

Der alle drei Jahre stattfindende Amerika-Gipfel, der ursprünglich für Dezember 2025 in der Dominikanischen Republik geplant war, wurde abgesagt. Ob und gegebenenfalls wann er nachgeholt werden soll, ist gegenwärtig offen. Dies ist ein Zeichen für die anhaltende Anfälligkeit des interamerikanischen Systems für ideologische und geopolitische Spannungen. Mit der Verschiebung des Amerika-Gipfels wurde die einzige kontinentweite Konferenz der westlichen Hemisphäre nach neun Treffen erstmals ausgesetzt. Im Zeichen der von Trump formulierten Zielgrößen Stärke, Zusammenhalt und Dringlichkeit berief die US-Regierung stattdessen die »Shield of the Americas«-Konferenz als erstes Treffen ausgewählter lateinamerikanischer Staatsoberhäupter ein. Der Doral-Gipfel lässt sich vor dem Hintergrund zweier miteinander verbundener Interessen der US-Regierung verstehen: der Bekämpfung des Drogenhandels und der Stärkung des eigenen Einflusses in Lateinamerika. Die »Sicherheitsschild«-Initiative dient auch dem Ziel der USA, ihren regionalen Einfluss gegenüber China zurückzugewinnen, der in der vergangenen Dekade geschwunden ist.

Dadurch wird die Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung zunehmend auch zu einem Instrument der politischen Bündnisbildung mit ideologisch nahestehenden Regierungen. Die US-Regierung verfolgt damit zwei miteinander verbundene Ziele: Sie will die politische Ordnung in der Hemisphäre nach ihren Vorstellungen gestalten und die Drogenbekämpfung an ihren eigenen sicherheitspolitischen Prioritäten ausrichten.

Dies wurde durch die selektive Einladungspolitik für das Gründungstreffen deutlich: Mexiko, der wichtigste Zugangskorridor für den Drogenschmuggel in die USA, Kolumbien, der weltweit größte Kokainproduzent, und Brasilien, der größte Drogenkonsummarkt in Südamerika und ein wichtiger Drogenumschlagplatz, waren nicht geladen. Damit blieben die zentralen Akteure der Drogenökonomie aus politischen Gründen und wegen abweichender Ansätze in der Drogenpolitik außen vor. Auch der Ausschluss des ungeliebten Nachbarn Kanada, eine reduzierte thematische Agenda und die weitere Marginalisierung der Rolle der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die als Sekretariat der Gipfeltreffen fungiert, komplettieren dieses Bild.

Beim Gründungstreffen am 6. März 2026 im Doral Golf Club von Donald Trump in Florida stand für die neue Staatenallianz die Erarbeitung gemeinsamer Strategien im Vordergrund, um ausländische Einmischung in der Hemisphäre zu unterbinden, kriminelle und »narco-terroristische« Banden und Kartelle zu bekämpfen und illegale und massive Einwanderung zu verhindern. Der Trump-Administration gelang es, den Begriff »Narcoterroristen« für die kriminellen Drogenkartelle in weiten Teilen des Kontinents durchzusetzen, ein Label, welches es den teilnehmenden Regierungen erleichtert, den Einsatz entsprechender militärischer Mittel zu rechtfertigen.

Dass dies auch tatsächlich die Absicht ist, daran ließ die am darauffolgenden Tag vom US-Präsidenten veröffentlichte Proklamation mit dem Titel »Einsatz gegen kriminelle Kartellaktivitäten« keinen Zweifel. In dem Erlass wird es als gemeinsames Ziel der

Partnerstaaten des »Sicherheitsschild« bezeichnet, die Netzwerke völlig zu zerschlagen. Zu den ins Auge gefassten Maßnahmen zählen gemeinsame Militäroperationen und anderweitige Aktionen zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten in der Region, auch unter Einsatz tödlicher Gewalt. Ein Beispiel für das zu erwartende Vorgehen ist der Einsatz der USA gegen Drogenschmugglerboote in der Karibik und dem Pazifik seit dem Jahr 2025, der bislang über 200 Todesopfer gefordert hat.

Das Drei-Säulen-Konzept der Initiative

Nach der Gründungszeremonie rückte neben der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Sicherung der Grenzen zunehmend die Frage in den Mittelpunkt, wie die Zusammenarbeit auf weitere Politikfelder ausgeweitet werden könnte. Beim zweiten Treffen im September 2026 stand insbesondere die Möglichkeit im Fokus, die sicherheitspolitische Kooperation um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ergänzen. Auch wenn dies nur indirekt formuliert wurde, ging es dabei auch um das Interesse Washingtons an einer robusten Anti-China-Strategie in der Region, die den südlichen Teil des amerikanischen Kontinents vor externer Einmischung abschirmt und den USA den exklusiven Zugang zu natürlichen Ressourcen sichert.

Ein Beweggrund für viele Staaten, sich an der Initiative der Trump-Administration zu beteiligen, dürfte die Erwartung sein, die ideologische Nähe zum US-Präsidenten zu stärken und dadurch eine günstigere Behandlung bei Zollentscheidungen zu erreichen. Auch wenn dieses Kalkül bislang nicht aufgegangen ist, hoffen viele Regierungschefs, aus der Vereinbarung Vorteile für sich zu gewinnen.

Mit der Erklärung vom 22. September 2026 wird die Agenda des »Sicherheitsschild«-Projekts über die ursprüngliche sicherheitspolitische Ausrichtung hinaus erweitert. Die Initiative soll künftig auch die wirtschaftliche Kooperation und die

Abstimmung gemeinsamer Positionen in internationalen Organisationen umfassen. Unter dem Leitgedanken der Souveränität verfolgen die beteiligten Staaten damit das Ziel, ihre Zusammenarbeit auf kontinentaler Ebene zu vertiefen. Dazu sollen insbesondere gemeinsame Investitionen und die Kooperation in Wirtschaftsfragen beitragen. Welche konkreten Maßnahmen daraus folgen, bleibt allerdings offen, da kein übergreifender Aktionsplan verabschiedet wurde.

In der Abschlusserklärung wird die Initiative erstmals um eine wirtschaftspolitische Dimension erweitert. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sicherung von Lieferketten und der verlässliche Zugang zu kritischen Mineralien. Die beteiligten Staaten wollen ihre Volkswirtschaften vor Versorgungsengpässen schützen, indem sie auf sichere Lieferwege und zuverlässige Lieferanten setzen. Dies gilt insbesondere auch für Rohstoffe, die für digitale Infrastrukturen benötigt werden. Darüber hinaus sieht die Erklärung im Sinne der wirtschaftlichen Souveränität vor, Kapitalzuflüsse in die beteiligten Länder transparent zu gestalten.

Die zweite Säule der Initiative betrifft die sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Die beteiligten Staaten verständigten sich darauf, sogenannte »Narcoterroristen« offiziell als Bedrohung für die gemeinsame Stabilität einzustufen. Zudem wurde die Liste der von den USA als ausländische Terrororganisationen eingestuften Gruppen von 17 auf 24 erweitert. Gegen diese Gruppen und ihre Unterstützer sollen weitreichende Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählen die Sperrung von Vermögenswerten, der Entzug von Visa und strenge Finanzsanktionen. Auf der Liste stehen zwei transnational organisierte Jugendbanden mit Aktivitäten in Zentralamerika, drei transnationale kriminelle Netzwerke aus Venezuela, sieben Kartelle und Drogenorganisationen in Mexiko, drei (wieder-)bewaffnete Gruppen, Guerillaverbände und Drogenhandelsorganisationen aus Kolumbien, zwei kriminelle Banden aus Haiti, vier ecuadorianische Drogenbanden, eine peru-

anische Nachfolgeorganisation der Guerilla und zwei brasilianische kriminelle Organisationen. Die große Heterogenität dieser Gruppierungen macht zweierlei deutlich: Zum einen dürfte es schwierig sein, diese Banden mit einem essentiell militärisch angelegten Vorgehen erfolgreich zu bekämpfen, ohne gleichzeitig die institutionellen Schwächen der betroffenen Länder anzugehen. Zum anderen erfordern der transnationale Wirkungsbereich und die Netzwerkstruktur der kriminellen Akteure eine enge Abstimmung zwischen den Sicherheitsorganen. Angesichts der Verquickung der kriminellen Aktivitäten mit dem Justizapparat und politischen Entscheidungsträgern dürfte eine solche Kooperation nur schwer herzustellen sein und an (begründetem) Misstrauen zwischen den Sicherheitsapparaten scheitern.

Die dritte Säule ist die »multilaterale Koordination«. Hier verbindet sich das Bekenntnis zur nationalen Souveränität und Selbstbestimmung mit der Forderung nach einer Transformation internationaler Organisationen. Auch wenn diese nicht konkret benannt werden, liegt es nahe, dass hier insbesondere die VN und die OAS gemeint sind. Der Druck der USA auf die Partnerländer ist unmittelbar deutlich geworden, als der US-Kriegsminister Pete Hegseth die lateinamerikanischen Staaten im Sinne der Verteidigung ihrer nationalen Souveränität dazu aufforderte, aus dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs auszutreten.

Vertrag oder politische Erklärung?

In Chile, das bis dato nur Beobachterstatus bei der »Sicherheitsschild«-Initiative hatte, löste der kurzfristige Beitritt zu dem Bündnis eine heftige innenpolitische Kontroverse aus. Die Opposition machte auf den unklaren rechtlichen Status des Projekts aufmerksam. Die Entscheidung zur Teilnahme an der Initiative wurde von Präsident José Antonio Kast am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York

bekanntgegeben. Die chilenische Regierung vertritt die Auffassung, dass es sich nicht um einen verbindlichen Vertrag handelt, der Verpflichtungen mit sich bringen würde, sondern lediglich um eine politische Absichtserklärung. So hatte die Regierung verlauten lassen, sie wolle sich im Rahmen einer »freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der amerikanischen Staaten bewegen«, um die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität – ein Problem, das heute in chilenischen Gemeinden allgegenwärtig ist – wirksamer bekämpfen zu können. Als Mitglied einer solchen »Kordinierungsgruppe« erwarte sich Chile unmittelbare operative Vorteile wie beispielsweise Zugang zu Informationen und intelligenten Datenanalysesystemen, eine Verbesserung der Ausbildung der nationalen Sicherheitskräfte und eine intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Argentinien, Bolivien, Peru und anderen Staaten der Region.

Das von der US-Regierung veröffentlichte Dokument offenbarte jedoch, dass die Kooperation weit über die behaupteten rein sicherheitspolitischen Zwecke hinausgehen soll und eben auch die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Koordination des Auftretens auf multilateraler Ebene einschließt. Dass darüber hinaus Mechanismen zur Investitionskontrolle und zum Schutz der Lieferketten für kritische Mineralien vereinbart werden sollen, woraus möglicherweise Verpflichtungen seitens der Unterzeichner entstehen, hat die Wahrnehmung der Initiative in der chilenischen Öffentlichkeit verändert.

Der Kritik an der Entscheidung der Regierung Kast schlossen sich auch die ehemaligen Präsidenten Michelle Bachelet (2006–2010, 2014–2018) und Gabriel Boric (2022–2026) an. In einer gemeinsamen Stellungnahme forderten sie die Regierung auf, den Verbleib Chiles in der Initiative zu überdenken, und warnten vor möglichen Auswirkungen auf die strategische Autonomie und die nationale Souveränität des Landes. Konzepte wie das der »kontinentalen Souveränität« könnten

letztendlich den Grundsatz der nationalen Souveränität untergraben, den das Land seit jeher verteidigt habe.

Beide Ex-Präsidenten betonten, dass sie eine Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung zwar unterstützten, diese aber stets »unter vollständiger Wahrung der Entscheidungsautonomie Chiles« erfolgen müsse, ohne dass die Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik des Landes den von einer ausländischen Macht festgelegten Prioritäten untergeordnet werde. Befürchtet wird, das Abkommen könne einen Verlust nationaler Souveränität im Bereich der Verteidigung und bei Geheimdienstinformationen mit sich bringen und die Anwesenheit ausländischer Agenten und eine mögliche Beteiligung an gemeinsamen Operationen einschließen.

Die chilenische Regierung wies diese Vorwürfe zurück und versicherte, dass die Zusammenarbeit mit Washington keine Unterordnung bedeute. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die USA Druck ausgeübt haben sollen, damit Chile seinen ursprünglichen Beobachterstatus aufgibt und vollwertiges Mitglied der »Sicherheitsschild«-Initiative wird. Fünf Abgeordnete der Opposition beantragten beim Rechnungshof, der in Chile die Aufgabe hat, die Rechtskonformität von Regierungshandeln zu kontrollieren, eine Überprüfung des Beitrittsbeschlusses, da sie der Ansicht sind, dass es sich um einen »verdeckten internationalen Vertrag« handeln könnte. Rückenwind erhält diese Auffassung von der Ankündigung in der Abschlusserklärung des Treffens, dass beabsichtigt sei, einen formellen Antrag an den Präsidenten des Ständigen Rates der OAS zu stellen, in dem die Unterzeichner um ein Konsultationstreffen bitten. Dabei soll es um die Einrichtung eines Konsultationsgremiums gemäß den Artikeln 6 und 13 des Interamerikanischen Vertrags über gegenseitige Hilfe (Rio-Vertrag) gehen. Nach der formellen Einberufung einer Sitzung des Konsultationsgremiums soll eine Resolution verabschiedet werden, die kollektive Maßnahmen gegen »narco-terroristische« Organisationen im Rahmen des Rio-Vertrags

anbahnt. Damit könnte in Zukunft auch die gegenseitige Beistandsklausel (Artikel 3 des Rio-Vertrags) aktiviert werden, um ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen diese Bedrohung zu ermöglichen.

Der »Sicherheitsschild« und der Wandel außenpolitischer Strategien in Lateinamerika

Der neue hemisphärische Schutzschirm soll nicht nur gemeinsame Vorgaben und Vorhaben im Rahmen der Drei-Säulen-Architektur bündeln. Die Initiative zielt auch darauf ab, rechtsgerichtete politische Kräfte in der Region enger zusammenzuführen. Damit geht ein außenpolitischer Kurswechsel einher: An die Stelle des liberalen Internationalismus tritt ein Ansatz, der die Bindung an die Regeln internationaler Institutionen ablehnt. Doch gerade diese Ausrichtung dürfte verhindern, dass jenseits vorübergehender politischer Freundschaften eine vertiefte Zusammenarbeit entsteht. Denn letztlich wird der nationalen Souveränität Vorrang eingeräumt, so dass das Handeln defensiv ausgerichtet bleibt, thematisch begrenzt ist und keine substanzielle Vision entwickelt werden kann.

Wenn außenpolitische Fragen an innenpolitisch wirkmächtige Identitätsnarrative anknüpfen, kann ihre Mobilisierung zur Verteidigung nationaler Souveränität beitragen. In Verbindung mit einer zunehmenden Personalisierung der Macht kann dies eine außenpolitische Neuausrichtung begünstigen. Dies zeigt sich in Argentinien unter Präsident Javier Milei ebenso wie in Kolumbien seit dem Amtsantritt von Präsident Abelardo de la Espriella. Sollte Flavio Bolsonaro die Präsidentschaftswahl gewinnen, könnte sich eine vergleichbare Entwicklung auch in Brasilien vollziehen. Gemeinsame Narrative und politische Botschaften, die die Abwendung von multilateralen Institutionen wie dem Internationalen Strafgerichtshof und den Rückzug aus Mitgliedschaften, etwa dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem, fordern, finden in der Region verstärkt

Widerhall. Mit dieser Neuausrichtung werden die breit angelegten Absicherungsstrategien früherer Regierungen durch eine enger gefasste Partnerschaft ersetzt, die sich maßgeblich an US-Präsident Donald Trump orientiert. Neben politischen Gemeinsamkeiten spielen dabei auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle, in erster Linie Trumps Bestreben, sich einen bevorzugten Zugang zu den natürlichen Ressourcen in der Region zu sichern.

An die Stelle der traditionellen regionalen und multilateralen Zusammenarbeit treten zunehmend Sicherheitskonzepte der USA, etwa in der Migrationspolitik. Die außenpolitische Neuorientierung äußert sich in einer Abkehr vom Multilateralismus, in der schwindenden Bedeutung regionaler Foren für die politische Abstimmung sowie in disruptiven Strategien, die bestehende regionale Beziehungen belasten. Ein Beispiel dafür ist das Verhalten Argentiniens unter Präsident Javier Milei gegenüber Brasilien. Wo zuvor internationale Institutionen und regionale Foren als Orte der Verhandlung, des Interessenausgleichs und der Koalitionsbildung betrachtet und genutzt wurden, dominiert nun eine Außenpolitik, die auf bilaterale Annäherung, ideologische Affinität und demonstrative Konfrontation setzt. Das diplomatische Engagement der von dieser Entwicklung erfassten lateinamerikanischen Regierungen orientiert sich somit vor allem an der ideologischen Verbundenheit mit Washington und der von dort erlangten symbolischen Anerkennung. Eine schlagkräftige politische Koalition dürfte daraus jedoch nicht erwachsen, da die Bedarfe hinsichtlich der wirtschaftlichen Diversifizierung unterschiedlich sind und viele Regierungen dem Druck der Trump-Administration auszuweichen versuchen, um ihren eigenen Handlungsspielraum zu wahren.

Während Präsident Milei Argentinien eng an Trumps Amerika anlehnen will, sind andere Präsidenten der Region nicht gewillt, ihren Handel mit China einer politisch-weltanschaulichen Nähe zur aktuellen US-Regierung zu opfern. Sie sehen gegenwärtig wenig Vorteile darin, sich nur an die

USA zu binden. Die Kosten einer Entfremdung von China, Europa und globalen Foren erscheinen Ländern wie Bolivien, Chile, Peru und Costa Rica zu hoch, da sich für sie eine Volatilität in den Außenbeziehungen schnell in innenpolitische Verwundbarkeit verwandeln würde. Daraus resultiert eine außenpolitische Ambiguität, die dem Gebot untergeordnet ist, Risiken zu reduzieren und hinter der gemeinsamen ideologischen Fassade eine nationale Interessenpolitik zu verfolgen. Hier liegt für Deutschland und Europa die Chance, sich als verlässlicher Diversifizierungspartner zu bewähren und unbeschadet von disruptiven Verwerfungen als Markt und politischer Kooperationsakteur das eigene Profil zu stärken.

Prekäre Erfolgsbedingungen

Mit dem »Sicherheitsschild« wurde ein Format geschaffen, das zur Versicherheitlichung der interamerikanischen Beziehungen beitragen und eine neue Interaktionsordnung in der Region begründen soll. Für das Funktionieren dieses Formats ist es entscheidend, dass einerseits politisch gleichgesinnte Regierungen dem Kooptionsdruck der USA nachgeben und andererseits »Spoiler-Nationen« als Störenfriede extraregionaler (China) und intraregionaler (Brasilien, Kanada und Mexiko) Art ausgeschlossen werden. Das »Sicherheitsschild«-Projekt kann als Teil einer neuen Ära imperialer Politik der USA gegenüber Lateinamerika und der Karibik verstanden werden. In dieser Phase versucht die Trump-Administration durch die erfolgreiche Einflussnahme auf die Wahl neuer Präsidenten in Ecuador, Honduras, Kolumbien und zuletzt in Brasilien, neue Mitglieder zu rekrutieren. Parallel dazu übt sie wirtschaftlichen Druck aus, um die Länder Lateinamerikas zu einer Einschränkung ihrer (Wirtschafts-)Beziehungen zu China zu zwingen. Bei diesem hegemonialen Agieren profitieren die USA von einem asymmetrischen Beziehungsmuster, das auch in der Ausgestaltung des »Sicherheitsschilds« deutlich wird: Bereits die reine Mitgliedschaft in

diesem Forum wird von den Partnerstaaten als Privileg und Statusgewinn betrachtet. Die Erweiterung der Bereiche möglicher Kooperation jenseits der anfänglichen Fokussierung auf Sicherheitsfragen lässt erkennen, dass zwar ein Zusammenwirken in umfassenderen Formaten angestrebt wird, um die Gemeinschaft als Bollwerk gegen China zu positionieren (und die USA somit als zentralen Akteur zu stärken); allerdings bleibt die Initiative dem Muster flexibler Institutionalisierung verhaftet, was sowohl für die USA als auch für die Staaten Lateinamerikas und der Karibik etablierte Praxis ist. Zudem dürfte der Fortbestand des Bündnisses an die Amtszeit der Trump-Administration gebunden sein, ein Element der zeitlichen Fragilität, das diese Initiative von Beginn an begleitet.

Ist die Basis dieser politischen Allianz aber auch ungeachtet der genannten Einschränkungen überhaupt hinreichend tragfähig, um eine so heterogene Gruppe von Staaten mit ausgeprägten nationalen Interessenprofilen zusammenzuhalten und ein gemeinsames politisches Vorgehen zu gewährleisten? Die Zweifel daran sind berechtigt, wenn man die Handelsbeziehungen der lateinamerikanischen Länder mit China, ihre Mitgliedschaft in der Belt and Road Initiative (BRI) und den Status ihrer internen Zusammenarbeit betrachtet. Neben Loyalität erwarten die USA von den Mitgliedern des »Sicherheitsschild« auch Beiträge in den anderen Säulen der Kooperation. Gleichwohl steht hinter dieser Compliance-Anforderung auch die Drohung, gegebenenfalls mit schwerwiegenden Sanktionen rechnen zu müssen. Das Eingreifen der USA in Venezuela und die Gefangennahme von Präsident Nicolás Maduro wurden vielfach als Auftakt für die Umsetzung der »Sicherheitsschild«-Initiative verstanden, als Demonstration, wie mit Zwangsmitteln die angestrebte imperiale Ordnung durchgesetzt werden kann, wenn eine Regierung unbotmäßig ist. Bislang hat sich jedoch nur ein Bruchteil der Staaten der Region von China abgewandt; die Handelsbeziehungen laufen auf hohem Niveau weiter – dem Konzept des »Active Nonalignment« folgend.

Viele lateinamerikanische Regierungen werden auch weiterhin einem dualen Ansatz folgen und einerseits enge Handelsbeziehungen zu China aufrechterhalten und andererseits ihre Außenpolitik zu den USA nicht offen konfrontativ gestalten.

Bislang stellen die Mitglieder der Sicherheitsschild-Allianz die bestehende Interaktionsordnung im Bündnis nicht erkennbar in Frage. Gewährt die Trump-Administration ihnen allerdings keine wirtschaftlichen Vergünstigungen (bezogen auf Zölle, Handelspräferenzen) oder keinen Ausgleich für entstehende Nachteile, könnte ihre Bereitschaft abnehmen, die Führungsrolle der USA und die damit verbundene Ordnung der hemisphärischen Beziehungen zu akzeptieren, auch wenn sich die Sympathie für die aktuelle US-Regierung deutlich abgeschwächt hat. Einstweilen lehnen die Staaten des Kontinents die Kooperationsangebote Chinas nicht ab, sondern betrachten diese nach wie vor als Erweiterung ihrer Handlungsoptionen. Dies gilt vor allem für die regionalen Schwergewichte Brasilien, Kanada und Mexiko, die dem Druck der USA bislang standgehalten haben. Angesichts der erratischen Ausrichtung der Außenwirtschaftspolitik der Trump-Administration ist es mehr als zweifelhaft, ob es Washington gelingt, die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich in nachhaltige wirtschaftliche Partnerschaften zu überführen.

Der Erfolg der Allianz ist auch deshalb fraglich, weil sie sich in ihrem Kernbereich, der Sicherheitspolitik, auf einen stark militärisch geprägten Ansatz verständigt hat. Die transnational agierenden Kartelle sind aber nicht in erster Linie aufgrund ihrer militärischen Stärke erfolgreich, sondern weil Lücken in der Regierungsführung es diesen organisierten kriminellen Gruppen ermöglichen, Polizeikräfte, Justizsysteme und politische Parteien zu unterwandern. Sie gedeihen auf einem Nährboden aus schwacher Rechtsstaatlichkeit, systemischer Korruption und instabilen öffentlichen Institutionen. In den Vereinbarungen wird auf diese Komponente nicht eingegangen und Instrumente, die gegen diese Faktoren eingesetzt werden könnten, sind durch die



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A53

Einstellung der Aktivitäten von USAID nicht mehr verfügbar.

Eine Verschiebung der regionalen Gewichte und ihre Folgen

Als Führungsmacht der westlichen Hemisphäre sehen sich die USA der Erwartung gegenüber, die Wirksamkeit der »Sicherheitsschild«-Initiative unter Beweis zu stellen. Druck, Drohungen und ideologische Verbundenheit allein werden jedoch nicht ausreichen, um ein handlungsfähiges und dauerhaft geschlossenes Bündnis zu schaffen, das sowohl politisch gemeinsam agieren als auch eine schlagkräftige Sicherheitspolitik betreiben kann. Allein schon die zentrifugalen Kräfte zwischen den latein-amerikanischen Partnern dürften das kooperative Handeln beeinträchtigen, selbst wenn man sich gesinnungsmäßig nahesteht. So ist die Position des argentinischen Präsidenten Javier Milei, der sich als Stellvertreter Trumps in Südamerika versteht, kaum vereinbar mit dem Vormachtsanspruch Brasiliens, sei es unter einem Präsidenten Lula oder Flavio Bolsonaro.

Letztlich wird der Erfolg der »Sicherheitsschild«-Initiative maßgeblich davon abhängen, ob die Trump-Administration ihren Partnern wirtschaftlich entgegenkommt. Mit entsprechenden Zugeständnissen könnten sie regionale Rivalitäten eindämmen, die eigene Führungsrolle festigen und die bestehende, von den USA dominierte Ordnung bewahren. Dabei wird Washington berücksichtigen müssen, dass die Staaten der Region zwar politisch mit den USA verbunden sein können, ihre handelspolitische Unabhängigkeit aber nicht aufgeben wollen. Um diesen Zielkonflikt zu entschärfen, müsste die US-Regierung selbst Vorleistungen erbringen und ihren Partnern bessere Handelsbedingungen einräumen; dies dürfte indes die Bereitschaft der Trump-Administration überfordern. Allein mit temporärem Statusgewinn werden sich die Staaten der Region nicht zufriedengeben.

Sie erwarten wirtschaftliche Unterstützung, Marktzugang und für sie positive Investitionsentscheidungen, nicht zuletzt im Bereich strategischer Rohstoffe, die ihre wirtschaftlichen Chancen erweitern. Insbesondere wenn ihnen finanziell belastende Beiträge abverlangt werden, wird es den Regierungen schwerfallen, diese im eigenen Land zu verkaufen. Insofern wird sich die Tragfähigkeit des »Sicherheitsschilds« über die Zeit erst erweisen müssen.

In diesem Kontext stellt sich die Position der mexikanischen Regierung als besonders schwierig dar: Mit ihrer ideologischen Ausrichtung liegt sie quer zum gegenwärtigen Rechtstrend in der Region, gleichzeitig ist Mexiko eng mit den USA verwoben. Damit gerät Präsidentin Sheinbaum in die Zwickmühle, bei ihrem innen- und außenpolitischen Kurs einerseits die US-Interessen berücksichtigen zu müssen und andererseits keine regionalen Partner zu haben, die ihr politischen Rückhalt bieten könnten. Zuletzt waren dies in begrenztem Umfang noch Brasilien, Chile und Kolumbien, aber dort sind bereits Präsidenten mit anderen politischen Vorzeichen an die Macht gekommen oder stehen kurz davor, die Macht zu übernehmen. Trotz dieser Veränderungen spielt die mexikanische Führung das Risiko einer regionalen Isolation derzeit noch herunter. Präsidentin Sheinbaum erklärte kürzlich, sie mache sich keine Sorgen um Mexikos politische Stellung, und betonte, man werde weiterhin auf eine souveräne regionale Diplomatie und alternative internationale Partnerschaften setzen. Hierzu zählt beispielsweise das kürzlich unterzeichnete modernisierte Globalabkommen zwischen der EU und Mexiko. Doch nicht nur für Mexiko dürfte die EU ein wichtiger Diversifizierungspartner bleiben, um eine zu starke Abhängigkeit von den USA und ihren Ordnungsvorstellungen zu vermeiden. Dies sollte von der europäischen Diplomatie genutzt werden, um mittelfristig Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln auszubauen.

Prof. Dr. Günther Maihold ist Non-Resident Senior Fellow der SWP.